

Linkes-Forum-Oldenburg, 07.08.16

Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg



Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

2

Themenübersicht Kommunale Klimaschutzpolitik

Bestandsaufnahme

- Einstieg: Was sagen die Ratsfraktionen (Internet-Auftritt, 06.08.16)
- Eckpunkte Städtisches Klimaschutzkonzept (InEKK)
- Entwicklung Energieverbrauch und CO₂-Emissionen

Bewertung

- Umsetzung InEKK-Maßnahmen (jährliche Arbeitsprogramme)
- Ausblick Klimaschutzkonzept

Ausblick / Diskussion

- Kommunale Handlungsmöglichkeiten
(Mein Leitbild: Energie-Mobilität-Klima-Umwelt-**Wende** als integrales Konzept)

Verwendete Quellen:

Internet-Homepage Stadt Oldenburg, Stand Ende 07/2016: Klimaschutzkonzept, Energie- u. Klimaschutzberichte, Umweltausschussberichte, Statistikdaten

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Klimaschutzziele nach InEKK: Die Stadt Oldenburg sieht sich davon nur für rd. -100.000 t verantwortlich (vgl. Differenz RS und KS)

3

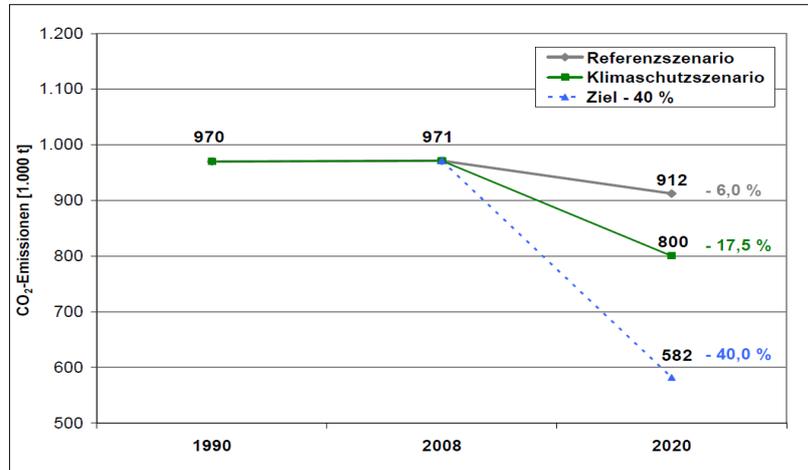


Abbildung 2: Vergleich der Gesamtreduktion der CO₂-Emissionen von 1990 bis 2020 in den beiden Szenarien

Quelle Grafik: Klimaschutzkonzept (InEKK), Kurzfassung, Stadt Oldenburg 2011

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Oldenburger Ratsparteien, Internet-Homepage (06.08.16) zu Programmatik Energieverbrauch, Klimaschutz

4

CDU-Fraktion

- Keine Aussagen
- Keine Infos zur Kommunalwahl

FDP/WFO-Fraktion

- Keine Aussagen
- Keine Infos zur Kommunalwahl

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

5

Gruppe Die Linke./Piratenpartei

- Keine Infos zur Kommunalwahl
- Auszug Kommunalwahlprogramm 2011 (Pkt. 8):

„8 Mit uns - für eine Energiewende ohne Preistreiberei

Der Klimawandel und der nach wie vor steigende Verbrauch fossiler, nur begrenzt verfügbarer Brennstoffe erfordert eine grundlegende Energiewende. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind allerdings so zu gestalten, dass untere Einkommensschichten nicht zusätzlich mit Kosten belastet werden. Eine Steuerung des Energieverbrauchs allein über den Preis kann nicht funktionieren, weil so die notwendige Akzeptanz in allen Schichten der Bevölkerung nicht erzielt werden kann. Die Energiewende muss ökologisch und sozial zugleich sein.

Bedingt durch seine Siedlungsstruktur mit vielen frei stehenden Einfamilienhäusern gehört Oldenburg zu den Städten mit einem unverhältnismäßig hohen Energieverbrauch. Dies erhöht die Verantwortung der Stadt, den Energieverbrauch wirksam einzuschränken.

DIE LINKE setzt auf Energieeinsparung, Energieeffizienz, erneuerbare Energieträger, nachhaltige Technologien sowie eine möglichst dezentrale Energiegewinnung und -versorgung.

Für eine zukunftsgerechte Energiepolitik ist die Atomenergie völlig ungeeignet. DIE LINKE will den unverzüglichen Ausstieg aus der Atomenergie. Das Atomkraftwerk Unterweser in Esenshamm muss endgültig abgeschaltet bleiben.

(Fortsetzung nächste Folie)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

6

Fortsetzung DIE LINKE.

DIE LINKE fordert ein kommunales Energiekonzept:

- Kommunale Gebäude, Schulen, Verwaltungsgebäude oder Sportanlagen sowie die Gebäude kommunaler Wohnungsbaugesellschaften sollen eine Vorreiterrolle bei Energiesparmaßnahmen spielen und für Photovoltaik-Anlagen genutzt werden.
- Die Entwicklung und der Bau von Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung als Blockheizkraftwerke sowie Anlagen zur Nutzung der Erdwärme müssen unterstützt und gefördert werden. Die Nahwärmenutzung ist auszubauen. Gerade bei der Ausweisung von neuen Wohngebieten ist die Errichtung zugehöriger Blockheizkraftwerke von vornherein mit einzuplanen.
- Die Möglichkeiten der Energieeinsparungen sind noch lange nicht ausgeschöpft. Leitungsverluste, ungenügende Wärmedämmung, ineffektive Heizungssysteme müssen abgebaut werden.
- Aufnahme energetischer Standards bzgl. Wärmedämmung, effektive Heizungssysteme und Möglichkeiten alternativer Energienutzung bei der Aufstellung von Bebauungsplänen. Allein eine baurechtliche Vorgabe, dass Dachflächen nach Süden auszurichten sind, würde hier effektive Möglichkeiten für Photovoltaikzellen und solare Warmgewinnungsanlagen eröffnen.
- Schrittweise Umstellung der Straßenbeleuchtung auf energiesparende LED-Technik.*
- Der Forschungsschwerpunkt für die Entwicklung alternativer Energien in Oldenburg ist weiterzuentwickeln.

Fortsetzung nächste Folie

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Fortsetzung DIE LINKE.

7

Einnahmen durch Energieeinsparungen in öffentlichen Gebäuden sind für weitere Energieeinsparungsmaßnahmen der Stadt einzusetzen. Das in Oldenburg schon seit Jahren praktizierte Modell des „Intracting“ ist auszudehnen.

Konzepte, private Firmen durch Gelder aus Energieeinsparungen für Tätigkeiten in diesem Bereich zu beauftragen (Contracting), sind abzulehnen, weil diese Firmen sich erfahrungsgemäß nur die "Rosinen" aus dem Energieeinsparpotenzial herauspicken, um ihren Gewinn zu erhöhen.

Die Nutzung erneuerbarer Energien wie Wind- und Solarenergie, Sonnenkollektoren zur Warmwasser- und Stromgewinnung, Biomasse als Energieträger von Biogasanlagen oder Holzschnitzelkraftwerken soll dezentral, ökologisch verträglich und im Einklang mit den Belangen der Bevölkerung ausgebaut werden. Wer die Abhängigkeit der Kommunen von den großen Atomstromkonzernen vermindern will, darf auf solche Anlagen heute nicht mehr verzichten. In Oldenburg als dicht besiedeltem Siedlungsraum muss der Neubau von Windkraftanlagen wegen seiner begrenzten Flächen und der notwendigen Abstände zu Wohnhäusern und Erholungsgebieten (Bornhorster See) sowie der besonderen naturschutzrechtlichen Belange in der Umgebung der Bornhorster Wiesen allerdings sehr genau geprüft werden.

Spätestens seit der Kernschmelze in Fukushima ist klar: Atomkraft – Nein Danke. Die Atomenergie ist die gefährlichste und – wegen ihrer öffentlichen Förderung und ihrer Folgeprobleme - teuerste Energiequelle. Deshalb muss in der EWE eine Politik durchgesetzt werden, diese Form der Energiegewinnung konsequent abzubauen. Strom aus Atomenergie kann politisch ausgeschlossen werden, wie es zum Beispiel in der Landeshauptstadt Hannover gelungen ist.

Fortsetzung nächste Folie

Fortsetzung DIE LINKE.

8

Wir unterstützen die Initiativen gegen die gefährlichen Castor-Transporte, die auch durch Oldenburg fahren. Wir fordern auch, dass Katastrophenpläne veröffentlicht werden, um so die Bevölkerung über ihre Gefährdung durch diese Transporte zu informieren.

Die von dem Oldenburger Energieversorger EWE in den letzten Jahren erzwungenen Preiserhöhungen für Gas und Strom belasten Millionen Haushalte und die mittelständische Wirtschaft. Sie entziehen dem Binnenmarkt Kaufkraft und vernichten somit Arbeitsplätze. DIE LINKE will die Energiewirtschaft öffentlicher Kontrolle unterwerfen und die Strukturen der EWE demokratisieren, weil so am besten soziale und ökologische Ziele umgesetzt werden können.

Im Jahr 2013 läuft der bestehende Konzessionsvertrag der Stadt mit der EWE aus, durch den die EWE die Durchleitungsrechte für Gas oder Strom erhalten haben. Die damit verbundene Monopolstellung wurde in den letzten Jahren schamlos zu Lasten der Verbraucherinnen und Verbraucher ausgenutzt. Jetzt besteht für die Kommunen die einmalige Chance, nach der gesetzlich vorgeschriebenen Neuausschreibung der Konzessionen die EWE zu einer Energiepolitik zu verpflichten, die auf erneuerbare Energien setzt und zugleich verbraucherfreundliche Tarife festlegt. Wenn die EWE diese Vorgaben nicht akzeptieren will, kommt auch die Gründung eigener Stadtwerke in Betracht.

Die EWE muss als öffentliches Regionalunternehmen günstige Tarife garantieren, anstatt als "global player" aufzutreten. Sie muss ihre Geschäftspolitik grundlegend ändern zu Gunsten einer preiswerten Bereitstellung von Energie für die Region und mit einer eindeutigen Orientierung auf erneuerbare Energien.

DIE EWE muss lernen, Gerichtsurteile zu akzeptieren. Was sie nach dem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofes vom Juli 2010 wegen kundenbenachteiligender Geschäftsbedingungen zu viel kassiert hat, muss sie umgehend zurückzahlen, ohne hierfür auch noch Bedingungen zu formulieren."

SPD

- Keine Infos zur Kommunalwahl

- 31.05.16: Stadt soll Anschaffung energieeffizienter Kühlgeräte Bezuschussen

„Die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Oldenburg spricht sich dafür aus, dass die Beschaffung energieeffizienter Kühlgeräte durch die Stadt finanziell unterstützt wird.

(...) Dieser Zuschuss soll für einkommensschwache Haushalte gewährt werden.“

(Antrag Sozialausschuss, 24.05.16;

darin Bezug zu InEKK und Ergänzung Caritas-Projekt)

Allgemeine Aussagen zu Erneuerbare und zu Anti-Atom;

DIE GRÜNEN

- Terminhinweis auf Kommunalwahl 2016

- Bilanz Wahlperiode 2011-2016:

„Das Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept (InEKK)

Rund 100.000 Tonnen weniger Kohlendioxid als im Vergleichsjahr 1990 sollen 2020 in Oldenburg ausgestoßen werden.

Um das zu schaffen, wurde das von uns mit Nachdruck unterstützte InEKK mit seinen vielfältigen Maßnahmen in den Bereichen Energie und Verkehr ausgearbeitet.

Jährlich werden dafür Projekte weitergeführt, ausgebaut, verbessert und in einem sogenannten energiepolitischen Arbeitspapier erneut beschlossen.

Dazu gehören Förderprogramme und Beratungsleistungen sowie konkrete Maßnahmen wie der Einkauf von Ökostrom für die Straßenbeleuchtung oder der Ausbau des Radverkehrsnetzes.

Letztlich liegt es an der Mehrheit der Politik in den Haushaltsberatungen, die nötigen finanziellen Mittel bereitzustellen. Dabei zeigt sich regelmäßig, wer es wirklich ernst mit dem Klimaschutz meint.

11

**Unter Themen, Bereich Umwelt:
ENERGIE UND UMWELT (aus dem Wahlprogramm 2011)**

„ (...) Auf kommunaler Ebene müssen wir passende Lösungen für eine umweltverträgliche und nachhaltige Energieversorgung finden. Dies verlangen nicht nur umweltschutzpolitische Notwendigkeiten, sondern genauso soziale und wirtschaftliche Belange.“

„Wir fordern: Den Ausbau und die Aufwertung der Energieleitstelle zur zentralen Verwaltungseinheit für alle Energiefragen. (...)“

Die Optimierung der Straßenbeleuchtung im Hinblick auf den Stromverbrauch.

Die Errichtung aller städtischen Neubauten im Passivhausstandard und die Sanierung von städtischem Baubestand und GSG-Wohnungen nach umweltpolitischen Gesichtspunkten.

(Fortsetzung nächste Folie)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

12

Fortsetzung DIE GRÜNEN (Wahlprogramm 2011):

Eine Aufklärungs- und Informationskampagne zum Energiesparen durch Altbausanierung oder Teilmaßnahmen (...)

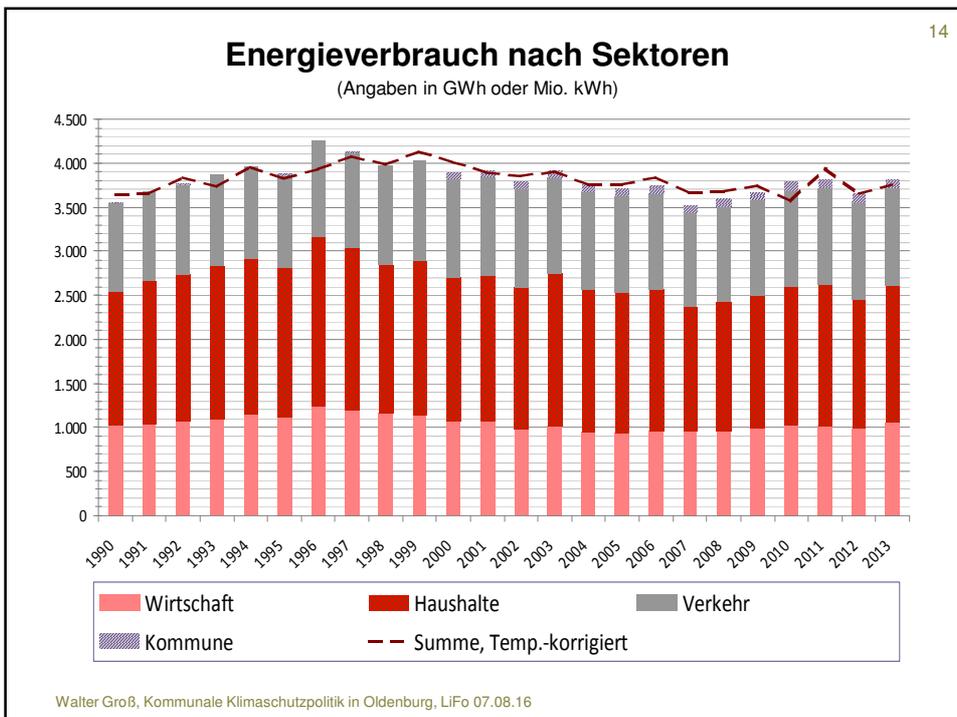
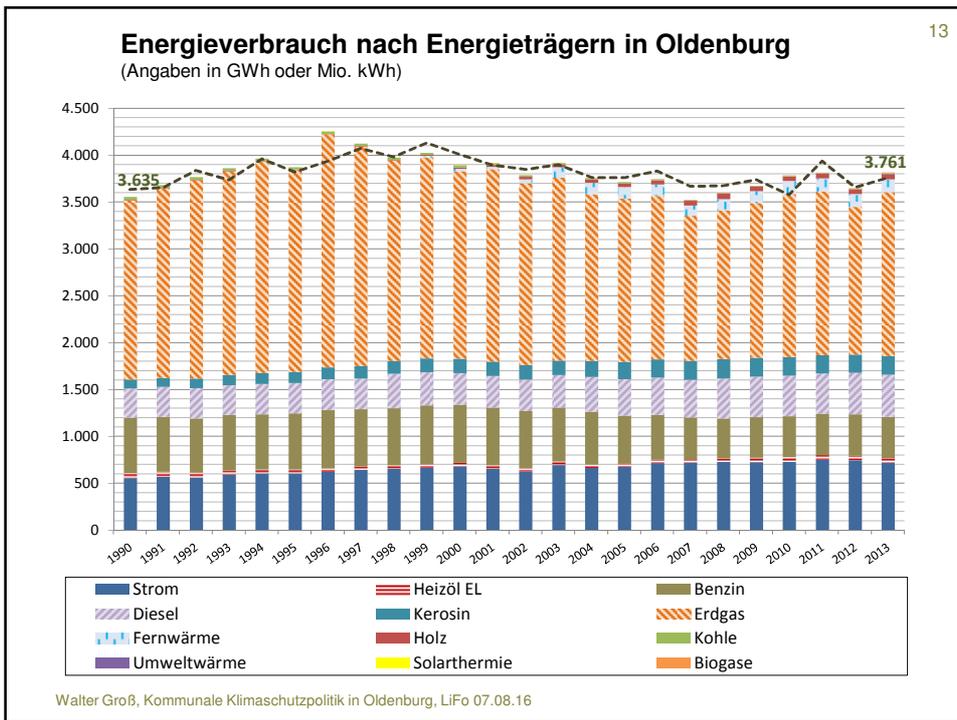
So bietet das von uns ideell wie auch durch Haushaltsmittel unterstützte Integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept verschiedene Beratungsleistungen wie Beratung in einzelnen Stadtteilen oder eine professionelle Initialberatung für das Privathaus, die kurz- und langfristig zu einer Reduktion des CO₂-Ausstoßes in Oldenburg führen.

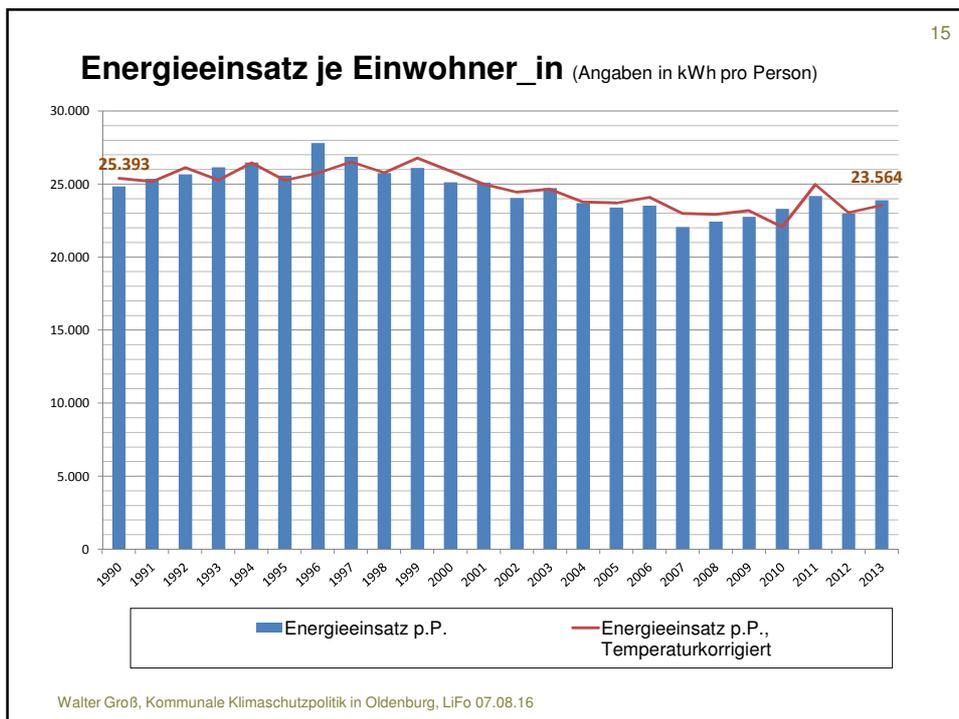
Erst in der Umweltausschusssitzung im September wurde mit einer Studie im Rahmen einer Masterarbeit überprüft, welche Maßnahmen auf die Beratung vor Ort durch Energieberater folgen, sodass eine Anpassung von Förderprogrammen nun auf Grundlage von Daten in Angriff genommen werden kann.

Mehr Investitionen der EWE in regenerative Energien.

(...) Einen Solarpark auf dem Fliegerhorst mit integriertem Naturschutzgebiet. (...)“

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16





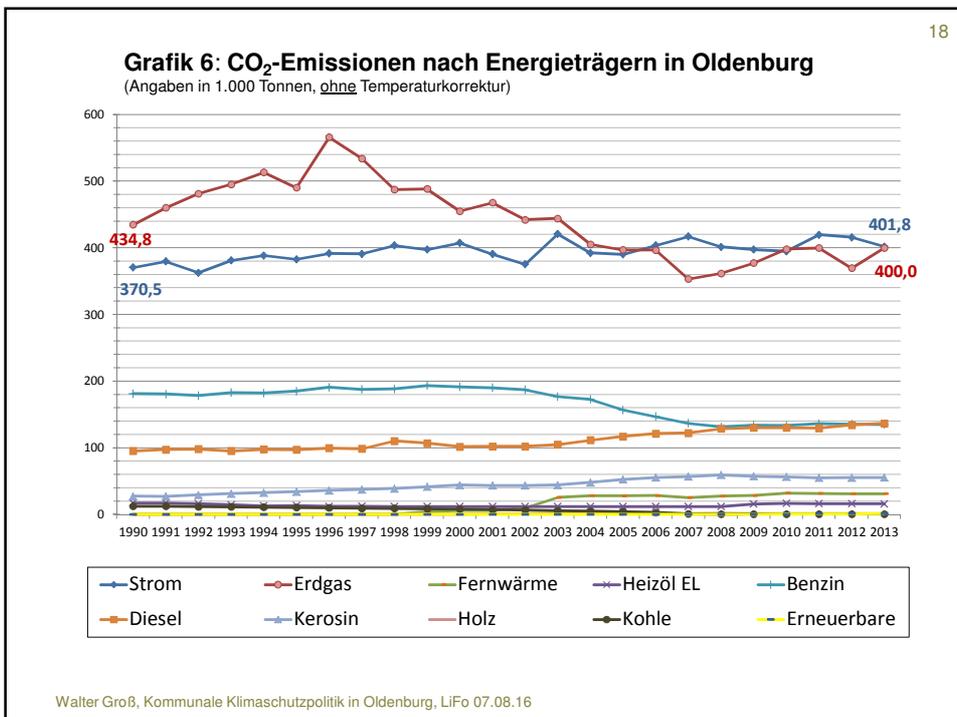
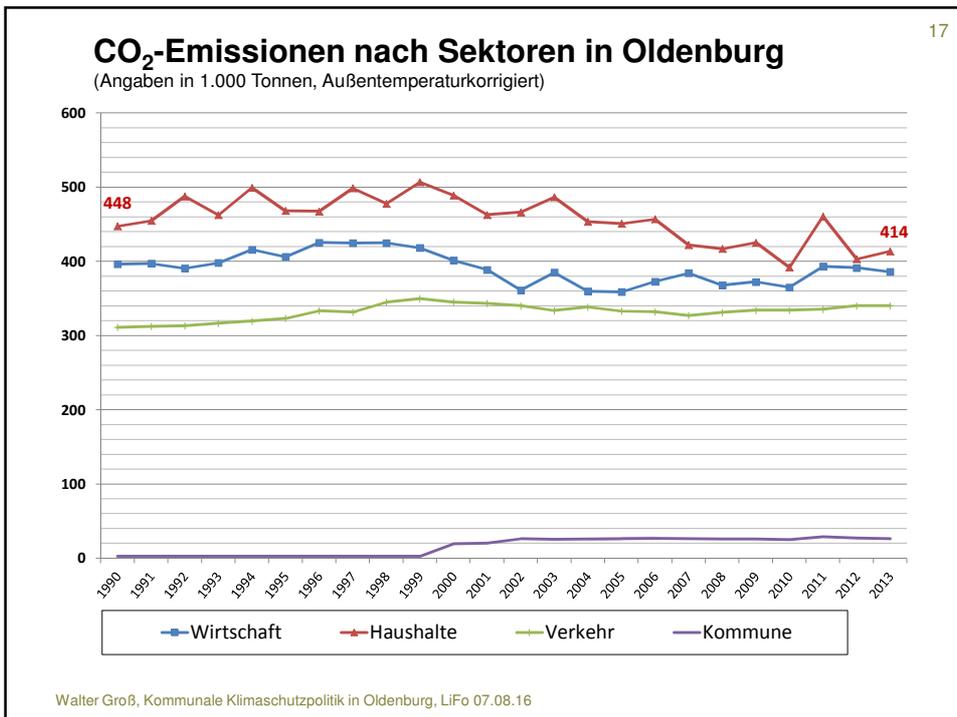
16

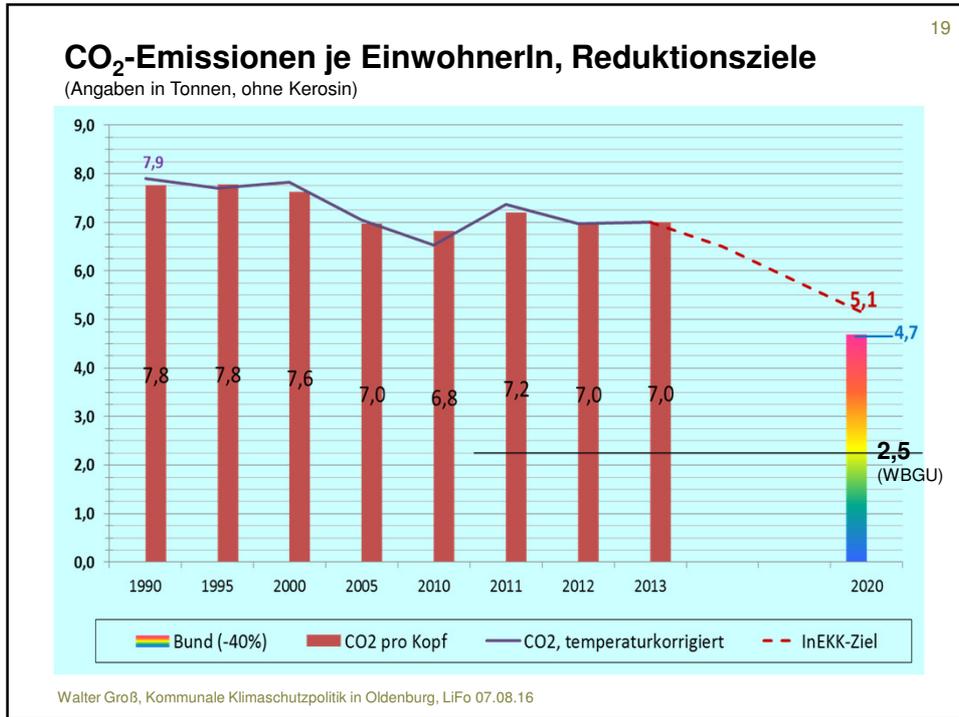
Anteil Kraft-Wärme-Kopplung und Erneuerbare in Oldenburg

	Gesamt-Strom	Anteil BHKW	Anteil Erneuerbare	Anteil an Gesamt
	GWh	GWh	GWh	%
2003	683	36,9	0,6	5,5
2008	721	11,7	3,8	2,1
2010	728	20,5	8,0	3,9
2011	750	18,7	10,4	3,9
2012	714	14,8	29,8	6,2
2013	694	10,1	36,6	6,7

Stromanteile Bundesweit (2015):
 Erneuerbare rd. 30%; BHKW/KWK: rd. 20%

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16





20

Energiebedingte CO₂-Emissionen je Einwohner/in im Vergleich

(Angaben in Tonnen)

	1990	1995	2000	2005	2010	2011	2012	2013	KS-Ziel 2020*
Deutschland, mit Flugverkehr	12,3	10,7	10,1	9,8	9,4	9,3***	9,7***	9,8	
Oldenburg, mit Flugverkehr**	8,0	8,0	7,9	7,3	7,2	7,5	7,3	7,4	-
Oldenburg*, ohne Flugverkehr**	7,8	7,8	7,6	7,0	6,8	7,2	7,0	7,0	-
Oldenburg*, mit Temperaturkorrektur	7,9	7,7	7,8	7,0	6,5	7,4	7,0	7,0	5,1*

* Angaben gemäß InEKK-Ansatz ohne Emissionen aus Flugverkehr
 ** Angaben ohne Außentemperaturkorrektur
 *** Daten ab 2011 auf Basis der Fortschreibung der Ergebnisse aus Zensus 2011. Angaben für Deutschland für 2011 und 2012 berücksichtigen gegenüber den Angaben aus dem Vorjahresbericht eine Zunahme um 0,2 Tonnen je Einwohner/in.

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

CO₂-Minderungsziele und Ergebnis 2013

(Angaben in 1.000 Tonnen oder kt)

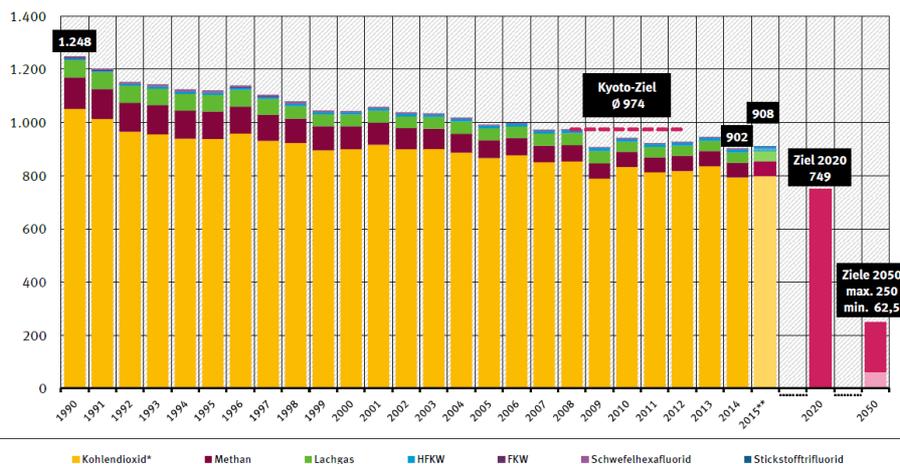
Klimaschutzprogramme	Reduktionsziele ggü. 1990	Ergebnis 2013
InEKK, 1990/2020	-26%: von 1.130 auf 842 kt (-288 kt) davon RS-Anteil:** 190 kt davon KS-Anteil**: 98 kt	1.110 kt
InEKK-EPAP 1-3* Prognostizierte CO ₂ - Wirksamkeit der Maßnahmen bis 2020 durch jährliche Klimaschutzmaßnahmen	EPAP 1 (2013): -52,3 Fotovoltaik: -9,5 EPAP 2 (2014): -21,9 EPAP 3 (2015): -7,7 Prognostizierte Summe: -91,4 kt	
Bundesregierung, Ziel bis 2020	Minderung bundesweit: -40%: (für Oldenburg wäre dies Minderung von -452 kt) - Ziel: 678 kt	

*Hinweis: Das sogenannte EPAP-4 (2016) findet sich auf der Homepage der Stadt (hier als Anlage)

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Treibhausgas-Emissionen in Deutschland seit 1990 nach Gasen sowie Ziele für 2008-2012 (Kyoto-Protokoll), 2020 und 2050 (Bundesregierung)

Millionen Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente



* ohne Kohlendioxid aus LULUCF
** Zeitnahprognose für 2015

Quelle: Umweltbundesamt 2015, Nationale Treibhausgas-Inventare 1990 bis 2014 (Stand: 01/2016) und Zeitnahprognose 03/2016

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Zur Erinnerung, InEKK-Kurzfassung, Auszug

23

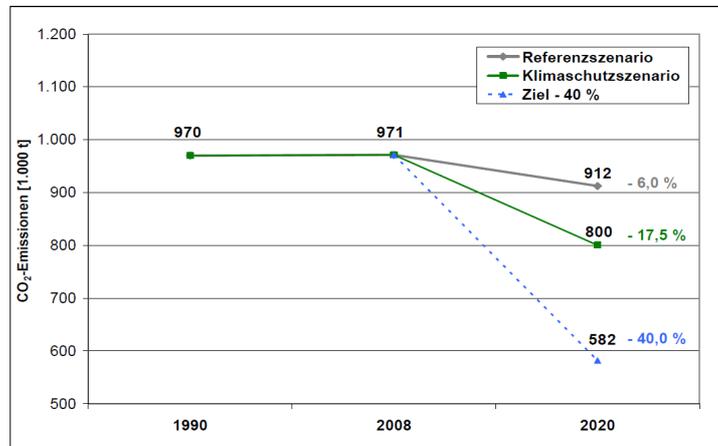


Abbildung 2: Vergleich der Gesamtreduktion der CO₂-Emissionen von 1990 bis 2020 in den beiden Szenarien

Der jeweilige Anteil der Teilbereiche Energie und Verkehr an den CO₂-Emissionen ändert sich geringfügig. Während der Verkehr 1990 einen Anteil von 27,4 % repräsentierte, betrug er in 2008 noch 25,1 %. Im Jahr 2020 sinkt er aufgrund der etwas höheren Reduktionswerte auf 23,8 % im Klimaschutzszenario (RS: 24,3 %).

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

24

Ergebnisse aus Klimaschutzbericht 2015

(Auszug Bericht Umweltausschuss, 09/2015)

- Zunahme Energieverbrauch in 2013 ggü. Vorjahr um 4,5%, ggü. 1990 um 7,3%.
- Im selben Zeitraum Bevölkerungszuwachs der Stadt um 11,5%. Leicht rückläufiger Pro-Kopf-Energieverbrauch, in 2013 ggü. 1990 um 7% geringer.
- **Absolute CO₂-Emissionen sind immer noch auf dem Niveau von 1990 – keine Klimaentlastung!**
In 2013 ggü. Vorjahr leichter Anstieg und ggü. 1990 Zunahme um 3,5%. Zunahme insbesondere im Sektor Haushalte.

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

25

- CO₂-Emissionen pro Kopf insbes. aus strukturellen Gründen **bisher** deutlich unter bundesweitem Niveau: In 2013 -24% geringer.
- Umsetzung InEKK-Maßnahmen in 2012 und 2013 begonnen. Hiervon ausgehende Minderungseffekte in Ergebnissen für 2013 nicht unmittelbar zuzuordnen.
- Emissionsminderungen werden durch **Zunahmeeffekte** überdeckt. **Die Gesamtbilanz führt bislang nicht auf einen Reduktionspfad**
- Zudem Überlagerung durch weitere energierelevante Einflussfaktoren, **u.a. Zunahme** an Einwohner/innen, Beschäftigten, Gebäuden, Wohnfläche, Haushalte, Abnahme Personen je Haushalt (HH-Größe nimmt ab), PKW-Verkehr.

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

26

„**Hannover** hat weitgehende kommunalpolitische Beschlusslagen und ist daher ein interessantes Beispiel, um zu zeigen, was unter den heutigen Rahmenbedingungen auf kommunaler Ebene maximal möglich ist.

Bei den Maßnahmen im eigenen Zuständigkeitsbereich sind wir auch erfolgreich: Seit dem Jahr 2000 24% mehr Nutzer des ÖPNVs, seit 2.000 27% weniger Heizenergiebedarf der städtischen Gebäude, bis 2020 gegenüber 1990 voraussichtlich 700.000 Tonnen weniger CO₂ bei der Stromerzeugung unserer Stadtwerke.

Doch insbesondere durch mehr Autoverkehr und das Wirtschaftswachstum (dadurch keine Rückgänge bei Strom und Wärme in Industrie und Gewerbe) haben wir in Hannover seit 1990 insgesamt nur einen CO₂-Rückgang von 4,3%.

Zur Erreichung der klimapolitischen Ziele ist es zwingend erforderlich, die staatlichen und europäischen Rahmenbedingungen drastisch zu verschärfen.“

Hans Mönninghoff, Amtierender Oberbürgermeister, Juni 2013
Dezernent für Umwelt und Wirtschaft, Landeshauptstadt Hannover

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Aktuelle Oldenburger Trends (Auswahl)

- Erdgasverbrauch nimmt ab
- Anzahl gemeldeter PKW nimmt zu (Treibstoffeinsatz *stagniert*)
- Stromverbrauch nimmt zu



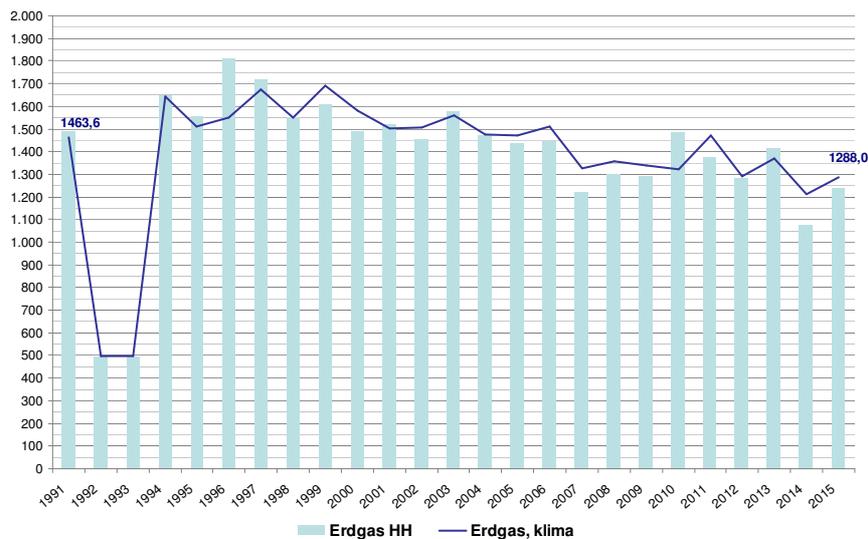
ein gerne bemühter Lösungsansatz:
„Zurück zur Natur“ (siehe Foto)

Foto: taz, 06/16

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Erdgaseinsatz in Oldenburg, Bereich Haushalte (vorläufige Angaben)

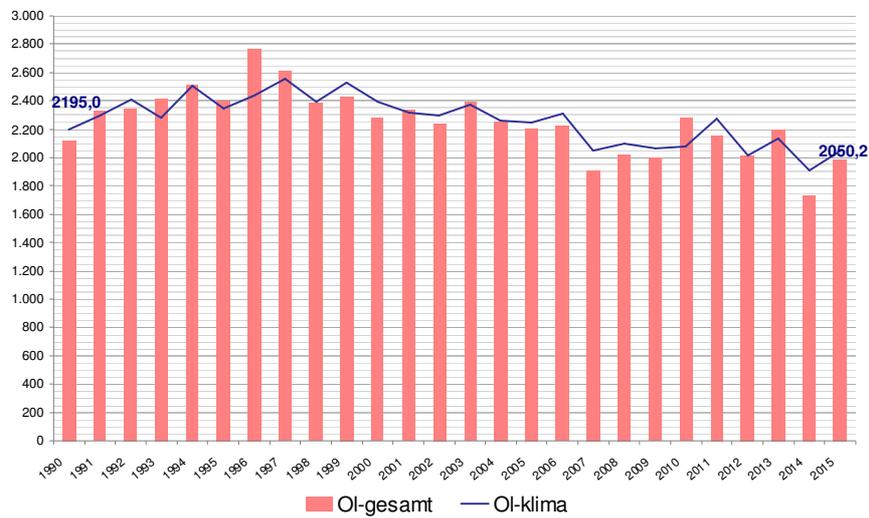
Angaben in GWh (Mio kWh)



Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

Erdgaseinsatz in Oldenburg, Gesamtmengen (vorläufige Angaben)

Angaben in GWh (Mio kWh)



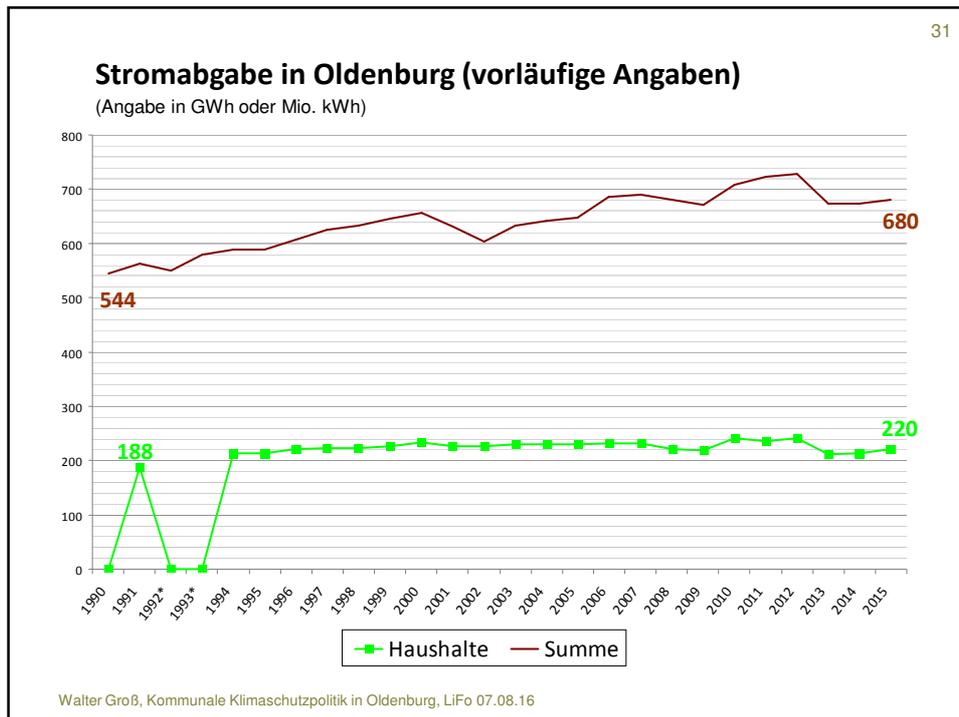
Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16

1001 Fahrzeugbestand im Stadtgebiet 2008 - 2015 Tabellenauszug

zugelassene Kfz	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
S 1	S 2	S 3	S 4	S 5	S 6	S 7	S 8	S 9
Krafträder insgesamt	5.460	5.657	5.672	5.745	5.847	5.918	5.980	5.947
Pkw u. Kombi insgesamt**	73.907	75.615	77.152	78.548	79.752	80.767	82.031	83.194
darunter								
bis 1399 cm ³	23.863	24.886	25.899	26.782	27.608	28.331	29.035	29.753
1400 bis 1699 cm ³	14.735	14.938	15.306	15.773	16.201	.	.	.
1700 bis 1999 cm ³	23.766	23.923	23.853	23.730	23.550	.	.	.
1400 bis 1999 cm ³	38.501	38.861	39.159	39.503	39.751	39.858	40.296	40.600
2000 und mehr	11.522	11.868	12.076	12.236	12.357	12.543	12.658	12.789
mit Elektromotor	29	35	45

Quelle: Statist. Jahrbuch Stadt Oldenburg, Online-Ausgabe

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16



Bewertung Klimaschutzkonzept und InEKK-Maßnahmen

- Mehrere Maßnahmen werden bzgl. Minderungseffekte nicht quantifiziert
- Einige Reduktionsmaßnahmen bieten nur **bilanzielle Effekte** („Ökostrom“, „Bio-Methan“, Geschwindigkeitsbegrenzung Bundesautobahn Stadtgebiet)
- Abgrenzung zwischen RS- und KS-Maßnahmen teilw. unscharf (z.B. Windenergie- und Solar-Freiflächenanlagen)
- Reduktionseffekte umgesetzter Maßnahmen werden nicht näher untersucht
- **Vernachlässigte Themen** (z.B. Stromeinsparung; Mobilität/Verkehr: PKW-Lärm-Schadstoffe, ÖPNV-Ausbau (u.a. Tarifangebote); Klimaschutz-Fond mit Einbindung wichtiger Akteure und Stiftungen)
- zu viel *Realismus*-Perspektive, es fehlen ambitionierte u. neue Projekte
- Konzept wurde 2010 erstellt, es besteht **dringender** Ergänzungs- u. Aktualisierungsbedarf (z.B. ergänzende Maßnahmen, Kooperationspartner)
- ...

Anregungen, Fragen:

- Rot-Grün 2011: Mittelfristig Einrichtung Umweltdezernat (Umweltamt, ...) – nichts erfolgt
- Energetische Standards Bauleitplanung 2015 abgeschafft!
- Klimaziele der kommun. Wirtschaftsförderung?
- Wohnraumförderung: Energetische Kosteneinsparungen berücksichtigen
- Verbände beteiligen (Kaufleute, IHK, EWE, ...) sich an einem Klima-Fond?
- EWE-Verband und –Aufsichtsrat: Welche Ziele verfolgt die Stadt?
- beratende Personen und Mitglieder in Gremien inhaltlich fordern
- **Initiativen-Arbeit** (ALSO, IBO, OLEGENO, KoBE, Klima-Allianz, ...)
- Fehlentwicklung Trinkwasser+Landwirtschaft mit Klimaschutz verknüpfen
- Fehlentwicklung Stadtverkehr u. Stärkung ÖPNV; keine VWG-„Bio-Methan“-Förderung
- *Mitwirkung* Lokalpolitik ausloten
- Finanzmittel (Klimaschutzfond, BürgerInnen-Contracting, ...)
- Zielgruppenspezifische Förderprogramme
- ...

Walter Groß, Kommunale Klimaschutzpolitik in Oldenburg, LiFo 07.08.16